

# Die Abnicker

**Bundestag** Union und FDP verabschieden wichtige Gesetze im Schweinsgalopp. Das ärgert auch Abgeordnete dieser Parteien

VON RUDI WAIS

**Berlin** Auf einmal waren die 40 Millionen weg. Ob das Finanzministerium dabei seine Finger im Spiel hatte, der Haushaltsausschuss oder ein übereifriger Parlamentarier, weiß auch eine Woche danach noch niemand so genau. Für viele Krankenhäuser, Schulen oder Schwimmbäder aber könnte der nächste Winter nun teuer werden: Nahezu unbemerkt von den meisten Abgeordneten von Union und FDP hat der Bundestag in der vergangenen Woche die Förderung für die Fernwärme gestrichen. Volker Wissing, den

„Das war kein politisches Meisterstück. Das war hoppla hopp.“

Georg Nüßlein, CSU

Vorsitzenden des Finanzausschusses, wundert das nicht. Das Tempo, in dem die Regierung gegenwärtig ihre Gesetze durch den Bundestag peitscht, sagt der FDP-Mann, sei „eine Zumutung für das Parlament.“

Der gekappte Steuervorteil für die Fernwärme ist die bislang auffälligste Panne in Angela Merkels hektischem Herbst der Entscheidungen: Weil die Koalition gleich mehrere wichtige (und komplizierte) Gesetze wie die Neuregelung von Hartz IV, den Ausstieg aus dem Atomausstieg oder das Sparpaket bis Jahresende durch die politischen Instanzen gehievt haben muss, verlieren die Abgeordneten allmählich den Überblick. Im Haushaltsausschuss zum Beispiel stapelten sich vor der entscheidenden Sitzung fast 50 Änderungsanträge mit noch mehr Korrekturvorschlägen für das Sparpaket. In einem von ihnen wurde auch die Förderung der Fernwärme zur Disposition gestellt – er wurde angenommen, ohne dass ihn wirklich jemand gelesen, geschwei-

ge denn diskutiert hätte. „Das war kein politisches Meisterstück“, sagt der CSU-Energieexperte Georg Nüßlein, „das war hoppla hopp.“ Nun räche es sich, dass die Koalition wichtige Entscheidungen auf die Zeit nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen Ende Mai vertagt und sieben Monate lang nichts getan habe.

Dass gegen Jahresende Gesetze im Schweinsgalopp verabschiedet werden, ist nichts Ungewöhnliches. Diesmal aber wird der Vorwurf, das Parlament arbeite schlampig und verkomme allmählich zum Abnicker-Verein, nicht nur von der Opposition erhoben, sondern vom Bundestagspräsidenten selbst. Bei der Verabschiedung der Atomgesetze, kritisiert Norbert Lammert, hätten sich auch viele Kollegen aus der Koalition von der Bundesregierung unnötig unter Druck gesetzt gefühlt und zu wenig Zeit für eine vernünftige Beratung gehabt. Der CDU-Politiker klagt über knappe Fristen, über mangelnde Sorgfalt und oberflächliche Entscheidungen. Kurz: Das

## Letzte Hoffnung Wulff?

Die Opposition will das umstrittene Atomgesetz mithilfe von Bundespräsident **Christian Wulff** stoppen. Als das Staatsoberhaupt noch Ministerpräsident in Niedersachsen war, sagt SPD-Fraktionsvize **Ulrich Kelber**, habe sein Regierungssprecher argumentiert, auch der Bundesrat müsse dem Ausstieg aus dem Atomausstieg zustimmen. Die Koalition dagegen ist der Ansicht, dass sie die Laufzeiten der Reaktoren auch ohne den Segen der Länder verlängern kann. Wulff muss als Bundespräsident prüfen, ob das Gesetz verfassungsfest ist – und Kelber hofft, dass er sich dann noch an die Worte von damals erinnert und das Gesetz nicht unterschreibt. (AZ)

ganze Verfahren sei nicht gerade „ein Glanzstück von Parlamentsarbeit“ gewesen und der Bundestag seinen eigenen, hohen Ansprüchen nicht gerecht geworden.

Zwar seien die Beschlüsse zur Verlängerung der Reaktorlaufzeiten am Ende formal sauber gefasst worden, räumt auch die stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Fraktion ein, die Neu-Ulmer Abgeordnete Ekin Deligöz. In der vorhergehenden Sitzung des Umweltausschusses, einer der turbulentesten seit Langem, aber habe sie als freie Abgeordnete nicht einmal mehr die Möglichkeit gehabt, einen Antrag

„Der Bundestag ist seinen eigenen Ansprüchen nicht gerecht geworden.“

Norbert Lammert, CDU

zu stellen. „Das darf eigentlich nicht sein.“ Damit missachte die Koalition die im Grundgesetz garantierten Rechte der Opposition, sekundiert der Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann. Was er nicht sagt: Die rot-grüne Koalition hat den Atomausstieg oder Hans Eichels Steuerreform einst unter ähnlichem Zeitdruck verabschiedet.

Die Kanzlerin verbittet sich den Vorwurf, sie habe das Parlament unter Druck gesetzt: „Das ist alles zwischen den Fraktionen abgestimmt worden.“ In den Regierungsparteien allerdings stöhnen viele Abgeordnete über ihr gegenwärtiges Arbeitspensum und Arbeitstage mit Dutzenden von namentlichen Abstimmungen.

Miriam Gruß, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP, gehört zu den wenigen, die dem hohen Tempo auch etwas Positives abgewinnen. Wo Politik so verdichtet werde, findet sie, „werden die Meinungen klarer herausgearbeitet und die Debatten besser.“